



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Hoetzsch, Otto: Deutschlands außenpolitische Lage 1920

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

„Insel“, der letzten Kolonie Deutschlands, tragen. Besonders aber denken wir an dieser Jahreswende an Oberschlesien, das Glied des deutschen Volkstörpers, das fast am meisten von allen sein Gedeihen der Gemeinschaft mit dem Ganzen verdankt und wiederum für das Gedeihen der Gesamtheit unentbehrlich ist. Jeder Deutsche, der dort etwa aus feiger Furcht zögert, sich ganz einzusetzen, um das Land für das Reich zu retten, läßt nicht nur schwere Schuld, sondern durch eine vorübergehende Bequemlichkeit endlose Plagen auf sein eigenes Haupt. Dort im äußersten Winkel des Vaterlandes wird in nächster Zeit um das deutsche Schicksal gekämpft. Der Sieg ist unser, wenn jeder mannhaft nach dem Wort „Einer für alle, alle für einen“ handelt. Aber auch nur dann!

Wann wird die Grenze der deutschen Langmut und Halbheit, wann die der deutschen Zwietracht im Innern erreicht sein? Die Not der Zeit und das Wirken des Feindes ringsum, das unsere Jugend in den besetzten und annektierten Strichen Deutschlands täglich vor Augen sieht und auch hier in Berlin unsichtbar, aber nicht weniger schrecklich in ihren eigenen frierenden, hungernden und rhachitisch verkümmerten Gliedmaßen fühlt, arbeitet wie nie zuvor an der Seele unseres Volkes. Es beginnt wundergläubig zu werden und auf die Geburt des Erlösers zu harren. Das Wunder, das in der deutschen Geschichte noch aussteht, ist die Geburt des einigen Willens der gesamten Nation. Nur aus ihm kann die Erlösung kommen, und sie wird kommen, sicher, wenn auch spät.



Deutschlands außenpolitische Lage 1920

Von Otto Hoefsch



ielleicht wird Deutschlands außenpolitische Lage heute am eindringlichsten klar, wenn man sich — Japans heutige Stellung im Konzert der Weltmächte vergegenwärtigt. Am großen japanisch-amerikanischen Gegensatz ist kein Zweifel. Von der Erneuerung des Bündnisses zwischen England und Japan hören wir nichts. Sibirien und der Norden Ostasiens liegt dem japanischen Machtehrgeiz frei, aber weder eine aktive Chinapolitik Japans ist bemerkbar, noch nützt dieses die Auflösung Rußlands, um seine Macht bis zum Baikalsee auszudehnen. Der Krieg hat Japan wirtschaftlich und finanziell außerordentlich gestärkt, voll Blut sind alle Adern seines Macht- und Wirtschaftskörpers, und alle Kräfte und Nerven dieses Imperialismus sind gespannt. Aber ist es nicht, als wenn er an der Kette läge? Rußlands und Deutschlands Zusammenbruch hat ihm die Entlastung geraubt, ohne die er keinen anderen Waffengang wagen kann. Es hat jetzt, wenn es sich rührt, allein alle auf dem Halse, was heute in der Weltpolitik aktiv sein kann, es ist ohnmächtig gegen den Imperialismus der Angelsachsen und ihrer Vasallen. Das wahre Gleichgewicht der Mächte ist heillos zerstört, seit Deutschland aus ihrem System ausfiel, und alle Spekulation über deutsch-japanische Beziehungen heute ist reine Phantasie, solange Rußland nicht wieder in das System der Weltmächte eingeordnet ist.

Die Pariser Friedensschlüsse wollten dies Verhältnis in feste und dauernde Form gießen, und der Völkerbund soll darum einen ideologischen Mantel hängen. Das Jahr 1920 war für uns nominell das erste Friedensjahr wieder; am 10. Januar wurde der Versailler Frieden ratifiziert. Und die erste Aufgabe der deutschen auswärtigen Politik war, diesen Frieden durchzuführen, besser gesagt, der Welt seine Undurchführbarkeit zu demonstrieren, indem sie versuchte, ihn durchzuführen. Auslieferung des Kaisers, Verfahren gegen die sogenannten Kriegsschuldigen, Abtretung und Abstimmung, Entwaffnung, Kohlenlieferung, Sachleistung und Kriegsschädigung (so bezeichne man deutsch „réparation“, das mit: „Wiedergutmachung“ wiederzugeben gedankenlos und unwürdig ist) — die Erinnerung an eine Flut von Protesten und Konferenzen, Fehlern und Demütigungen, Reden und Noten sind im Rückblick auf das zu Ende gehende Jahr in uns wach. Da und dort eine kleine Erleichterung, mehr so, daß eine Frage von der Entente in der Fülle der ihre Staatsmänner umdrängenden Geschäfte halb liegen gelassen, als daß wirklich nachgegeben oder gar im Sinne der Verständigung eine Einigung herbeigeführt wird. Im ganzen aber, so gern die Illusion manches Deutschen das anders sehen möchte, der feste Wille der Entente, insonderheit Frankreichs, den Friedensvertrag durchzuführen, der Deutschland macht- und wehrlos machte, seine Wirtschaft in den Sklavendienst der bisherigen Feinde einstellt, und mit dem Selbstbestimmungsrechte der Völker vergewaltigend betrog.

Zwei der allerwichtigsten Fragen sind noch in der Schwebe. Trotz alles Drängens von deutscher Seite ist das Schicksal Oberschlesiens noch nicht entschieden, und erst ganz am Ende des Jahres kommt man dazu, in Sachverständigenkonferenzen beider Teile wenigstens die Frage vorzubereiten, was das bisherige Deutschland denn wirklich leisten und zahlen soll, um die Pflicht zur Kriegsschädigung, die es übernahm, zu erfüllen. In zahlreichen Konferenzen sind die entgegenstehenden Interessen der Mächte in dieser Kardinalfrage hin und her geschoben worden. Inzwischen haben die unsinnigen Kosten der Besatzung auf dem linken Rheinufer, in Verbindung mit dem, nur vorübergehend im Frühsommer unterbrochenen, katastrophalen Sturz der deutschen Valuta den Boden für diese Diskussionen immer mehr zum Sumpf gemacht. Das Jonglieren mit Milliarden deutscher Entschädigung, das die französischen Staatsmänner ihrem Publikum vormachen, war Anfang 1920 schon Schaumflägerei. Am Ende dieses Jahres ist es zur hoffnungslosen Lüge geworden. Männer wie Poincaré, Lardieu, Dubois, selbst Maurice Barrès können heute vor den Milliardenzahlen der deutschen Notenemission und Schulden nicht mehr im Ernst an die mechanische Forderung glauben, daß der Deutsche alles bezahlen wird. Dagegen werden sie immer noch daran glauben, daß das Ruhrgebiet, dessen Besetzung ein Ersatz für die ausgefallene Forderung an Deutschland sein soll, wirklich ein solcher sein würde, und daß ein deutsches Wirtschaftsgebiet, dem man Oberschlesien zugunsten der Polen wegnimmt, noch zu erheblichen Sachleistungen fähig sei. Auch in Frankreich gibt es indes eine Richtung, deren reeller Einfluß nach den Erfahrungen des ganzen Jahres 1920 freilich sehr gering ist, die weiß, daß es so nicht geht, daß Deutschland, um arbeitsfähig zu werden, erst wieder zahlungsfähig gemacht werden muß. In England werden die, die sich überhaupt für Deutschlands Lage interessieren und sich darüber ein Urteil bilden, sämtlich dieser Meinung sein, und in Nordamerika bezugnehmen. Aber für England

Ist diese deutsche Frage eine und nicht einmal eine in erster Reihe unter den Duzenden von Fragen, die die Männer des Foreign Office bedrängen, und Nordamerika hat sich gerade während des Jahres 1920 aus den europäischen Dingen bewußt herausgezogen und freiwillig-absichtlich seinen Einfluß auf sie, sein Interesse an ihnen gemindert. Von Japan wurde schon gesprochen. So hat die französische Politik, die nur in einer Richtung vorgeht und nur ein Ziel kennt — selbst Fragen, wie die syrische oder Konstantinopel, kommen ihr erst sehr in zweiter Linie —, die Hände frei. Sie will keine Revision des mühsam zustande gebrachten Versailler Werks, sie verlangt seine Realisierung, und die Erfahrung des abgelaufenen Jahres lehrte, daß im Konfliktfall die Genossen England und Italien dem französischen Verbündeten zumeist freie Hand ließen. Was Lloyd George allein durchgedrückt hat, ist, daß die französisch geführte „commission des réparations“ nicht die alleinige Entscheidung, die alleinige Verfügung über Deutschlands Wirtschafts- und Finanzkräfte erhielt, die Frankreich anstrebt, sondern daß die Konferenzen der Premierminister und Botschafter, zum Ärger der Franzosen, das Heft in der Hand behielten.

Es ist kein Zweifel, daß Nordamerika nicht lange, so wie heute, den europäischen und deutschen Dingen fernbleiben wird. Die ganze Politik Wilsons, die sich schließlich in der Sackgasse verirrt hatte, ist elend gescheitert und wurde in den Neuwahlen abgelehnt. Der republikanische Präsident wird den Friedenszustand mit Deutschland wiederherstellen, Wirtschaftsbeziehungen werden die Folge sein. An sich schon konnte ja eine Macht, wie die Vereinigten Staaten, die den Krieg entschieden hatten und finanziell mindestens sich eng mit Teilen Europas verstrickt hatten, gar nicht lange Europa so fern bleiben, wie sie es 1920 getan haben. Jetzt tritt aber noch die Wirtschaftskrise zwingend hinzu, die allmählich in Auswirkung des Krieges die ganze Welt ergreift. Nordamerika ist voll von Rohstoffen, Lebensmitteln, Waren, aber die Kaufkraft Europas ist immer weniger imstande, das abzunehmen. Auch die nichteuropäischen Mächte verschließen sich notgedrungen den nordamerikanischen Preisen, zu denen auch da die wirtschaftlichen Folgen des Krieges geführt haben. Diese sich immer stärker bemerkbar machende Weltwirtschaftskrise ist das wichtigste Symptom des zu Ende gehenden Jahres. Die wirtschaftliche Schwindelblüte der Nachkriegszeit geht für die Sieger zu Ende. Auch ihre Wirtschaft wird, nachdem die der Unterlegenen vorangegangen ist, von der Zersetzung ergriffen, zu der dieser ungeheure Krieg wirtschaftlich führen mußte. Und das muß zur Revision der Pariser Verträge führen oder — ins allgemeine Chaos.

Bestimmte Ergebnisse des Weltkrieges werden ja bleiben, wie sie in diesen Friedensschlüssen gezogen sind. Die Türkei wird die nichtosmanischen Gebiete, die sie verlor, nicht zurückerobern und das habsburgische Österreich-Ungarn wird nicht wieder entstehen. Es gibt historische Ereignisse, die man sofort als endgültig empfindet; dazu gehören der Untergang der Türkei und Österreich-Ungarns als Großmächte. Aber sonst schaffen diese Friedensschlüsse nicht eine Staatenordnung von Dauer, wie der Wiener Kongreß nach 25 Jahren Revolution und Krieg. In der Hauptsache werden sie geschichtlich in der heutigen Umwälzung keine andere Rolle spielen, als in der vor 100 Jahren die Verträge von Campo Formio oder Lunéville. Selbst wenn wir die Revision des Friedensvertrages, die heute eine Forderung des ganzen deutschen Volkes ist, nicht kein Gebot der nationalen Ehre empfänden, —

wir würden sie als eine geschichtliche Notwendigkeit empfinden, zu der die Entwicklung mit innerer Logik führen muß.

Dafür ist die weltwirtschaftliche Krisis, die jetzt die Siegerländer ergriffen hat und dadurch die neutrale Welt Europas und auch von Übersee empfindlich berührt, von bestimmender Wirkung. Sie stellt die Vereinigten Staaten im Norden Amerikas anders zu Europa, und damit zu Deutschland, und wir glauben, daß sie auch auf die Haltung der großen südamerikanischen Republiken, deren Stellung der Weltkrieg so fundamental verändert hat, einwirken wird. Aber für Deutschlands außenpolitische Lage ist am Ende des Jahres 1920 die Frage noch viel ernster und bedrohlicher als zu Anfang, ob Zeit genug sein wird, daß diese die Pariser Friedensschlüsse von innen heraus umbildende Wirkung auf Solidarität der Volkswirtschaften und gegenseitige Hilfe — darauf muß es ja hinauslaufen — eintritt. Es geht zu langsam mit dieser Einsicht, mit dieser Entwicklung! Das Gefühl hat doch jeder, der Verhandlungen wie die von Hythe und San Remo, Spa, Brüssel und Genf vergleicht, mit den schrecklichen hippokratischen Zeichen im Antlitz der deutschen Volkswirtschaft! Sie kann zusammenbrechen, ehe die internationale Hilfe zustande kommt, ohne die die Mitte, der Osten und der Südosten Europas nicht wieder zu wirtschaftlicher Gesundung kommen.

Darin aber liegt allein die wirkliche Gefahr, die der Bolschewismus für Deutschland bedeutet. Er wird auch von außen, von Rußland her nur dann uns gefährlich werden, wenn die inneren Voraussetzungen aus jenen Gründen in Deutschland da sind, wenn es einmal wirtschaftlich und finanziell einfach nicht weitergeht. Und nur wenn sie diese inneren Voraussetzungen in Deutschland für gekommen halten, werden die russischen Bolschewiki ihren Angriff auch auf Deutschland ausdehnen, den sie gegen Polen ziemlich sicher, vielleicht auch gegen Estland und Lettland und Finnland vorhaben. Denn nur dann würde ihre militärische Macht, über die ein Urteil zu beschaffen, eins der wichtigsten Ergebnisse ihres diesjährigen Angriffs gegen Polen war, überhaupt gegen Deutschland ausreichen.

Zu Beginn des Jahres 1920 rechneten weite Kreise Deutschlands mit einer planmäßigen großen Offensive des russischen Bolschewismus. Dabei wurden seine militärischen Kräfte, indem man Vorstellungen der Kriegszeit auf diese revolutionären Verhältnisse übertrug, überschätzt. Statt der Angriffe der Bolschewiki sah die Welt einen Angriff der Polen, der diese bis zum Dnjepr führte. Sowjetrußland stieß gegen und kam im August in die Nähe von Warschau; die Absicht, ins Korridorgebiet hereinzu stoßen, schien klar und der Verwirklichung nahe. Aber den Bolschewiki ging der Atem aus, Polen stieß seinerseits nach, am 14. Oktober schloß es in Riga mit Sowjetrußland einen Frieden, der den polnischen Imperialismus befriedigen konnte. Auf dem Papier ist Frieden im Osten, mit Ausnahme des Streites zwischen Polen und Litauen und der Beziehungen zwischen Moskau und Rumänien. Somit ist Frieden geschlossen von Sowjetrußland mit Finnland, Estland, Lettland, Litauen und Polen, Deutschland hat Frieden mit Lettland gemacht, mit Litauen und Sowjetrußland hat es gar keinen Kriegszustand, und der Frieden mit Polen ist uns in Versailles aufgezwungen worden. Aber von Ruhe und Frieden ist der Osten Europas noch weit entfernt.

Wird das neue Jahr eine Umwälzung in Rußland bringen? Oder einen neuen Angriff des Bolschewismus nach Westen oder nach Asien herein, in Ver-

bindung mit türkischen Nationalisten und anderen Gegnern Englands? Oder Wirtschaftsabkommen und Handelsbeziehungen der europäischen Mächte mit Sowjetrußland? Das Jahr schließt ab mit einer militärisch und politisch nach außen ungemein günstigen Stellung der Sowjetregierung. Nach allen Berichten von Augenzeugen aber nimmt man an, daß es ihr vor der ungeheuren, alle Begriffe übersteigenden Erschöpfung und Zerstörung in ihrem Lande mehr darauf ankomme, in wirtschaftlich-friedliche Beziehungen mit der Außenwelt zu kommen, als neue Kriegsoperationen vorzubereiten. Doch um das zu entscheiden, müßten wir (und auch die Ententemächte!) genauere Vorstellungen von dem Verhältnis zwischen Sowjetregierung und Sowjetarmee haben, als uns zu Gebote stehen. Wer die Berichte der Augenzeugen über Rußland liest, wird immer vermessen, daß über diesen wichtigen Punkt so wenig, im Grunde eigentlich nichts gesagt wird. So bleibt nichts übrig, als heute jene Fragen zu stellen, sich innerlich auf sie einzustellen und sich nach außen auf sie zu rüsten. An aktiver Politik war und ist zunächst nicht mehr zu tun, als im Hinblick auf die absolut notwendige und als solche im ganzen deutschen Volk erkannte künftige Verbindung mit dem Rußland der Zukunft die Brücken schon zu schlagen oder den Brückenschlag wenigstens vorzubereiten. Im deutsch-lettischen Friedensvertrag und im Wirtschaftsabkommen mit der Tschecho-Slowakei und Ungarn sind 1920 wenigstens die Anfänge dazu auf sehr schwierigem Boden zu gleichfalls absolut notwendigen Beziehungen gemacht. Mit Deutsch-Österreich ist auch ein Wirtschaftsabkommen geschlossen, mit Litauen und Jugoslawien sind Verhandlungen im Gang. Die deutsch-polnischen Verhandlungen aber haben zu keinem Ziel und Abschluß geführt und können es auch nicht. Es fehlt auf beiden Seiten die Möglichkeit, sich darauf einzustellen: mit dem Imperialismus Polens, der uns die deutschen Gebiete Posen und Westpreußens entriß, Danzig zu seinem Ausfallort machen, Ostpreußen abschnüren und Oberschlesien an sich reißen will, sind keine Beziehungen von Tragkraft möglich. Das gleiche gilt ja von Osten her für das Verhältnis zwischen Russen und Polen.

Darum war im Sommer im deutschen Osten die Stimmung zwiespältig, als die Russen Polen über den Haufen zu werfen schienen. Der russische Bolschewismus, der heranrückte, befreite ja von der polnischen Herrschaft, aber er bedrohte zugleich Staat und Wirtschaft in Deutschland. Vielleicht stellt uns das kommende Jahr wieder vor diese Aussicht. Nach den Erfahrungen von 1920 wird dann Polen noch weniger von der Entente zu erwarten, Sowjetrußland noch weniger von einer militärischen Intervention der Entente zu fürchten haben als bisher. Und auch wir werden dann auf uns allein angewiesen sein!

Zwischen dem Imperialismus Frankreichs und der Entente und dem Bolschewismus des Ostens ist Deutschland, aufs tiefste erschöpft, eingekleidet und bedroht. Seine geographische Lage im Herzen Europas ist heute wie seit zwei Jahrtausenden sein Schicksal. Sie schreibt ihm sein innen- und sein außenpolitisches Programm vor und sie weist ihm seine große geschichtliche Mission in die Zukunft. Es ist möglich, daß wir die Lasten, Schwierigkeiten und Gefahren unserer außenpolitischen Lage nicht meistern können. Es ist auch möglich, daß unserer inneren Entwicklung, so wenig nach unserer Überzeugung die psychologischen Voraussetzungen in Deutschland dafür gegeben sind, die Umwälzung zum Bolschewismus nicht erspart bleibt. Niemandem aber gibt solche Erwägung das Recht, die Hände sinken zu

lassen, so entsetzlich lähmend der außenpolitische Sinn unseres Volks ist, dessen Politisierung trotz Revolution und Parlamentarismus mindestens nur sehr langsame Fortschritte macht. Das gilt für die Außenpolitik noch mehr als für die Innenpolitik. Aber wir werden als Volk und Staat nicht wieder zur Höhe hinaufsteigen, wenn sich der deutsche Mensch nicht erzieht zum außenpolitischen Sinn, wenn er sich nicht erfüllt mit dem unlöslichen Zusammenhang inner- und außenpolitischer Entwicklung, inner- und außenpolitischen Tuns, in dem festen Bunde, dem Preußen seine schnelle Erhebung nach 1806 dankte, dem Bunde von Macht und Idee!



Deutschlands innerpolitische Lage 1920

Von Dr. Karl Bernhard Ritter, Mitglied der preussischen Landesversammlung



Am 9. Juni des Jahres schrieb ich an dieser Stelle unter dem Eindruck der Reichstagswahlen: „Der Sinn dieser Wahlen geht auf ein Neues. Jenseits aller Parteien und aller Parteipolitik sucht das Volk nach den sachkundigen, unabhängigen Führern. . . Die Demokratie als Parteiregierung sollte in diesen Wahlen ihr Urteil empfangen. Sie muß damit abgetan sein.“ Man hat auf diese deutliche Bekundung des Volkswillens nicht gehört. Die Regierungsbildung, die den Juniwahlen folgte, war ein Schauspiel parteitaktischer Mächlerei schlimmster Art. Die praktische Leistung einer so unrühmlich zustande gekommenen Regierung entspricht dieser ihrer Entstehungsgeschichte. Unsicherheit und Unentschlossenheit in allen Maßnahmen, weitere Abhängigkeit von Strömungen heterogenster Art ist ihr Kennzeichen. Nur durch volles Begreifen der Aufgabe, die sich nach dieser Wahl für die Parteien ergab, Vermittler, nicht Organe des Volkswillens zu sein, und darum durch einen klaren Verzicht auf Weiterführung der vom Volke abgelehnten Regierungsweise konnte die in der Tat „parlamentarisch“ nicht zu lösende Krisis überwunden werden. Man hat nicht begriffen und hat dadurch die Krisis in Permanenz erklärt. Oder ist ein Zustand, wie der gegenwärtige, bei dem die Minderheitsregierung abhängig ist von der Gnade einer Partei, die brutal, ohne auch nur das „Gesicht“ zu wahren, zu erkennen gab, daß sie sich lediglich von parteitaktischen Erwägungen leiten zu lassen gedenke, etwas anderes als eine permanente Krisis? Man hat uns gesagt, es sei schwer, ja unmöglich gewesen, Fachmänner für die Ministerseffel zu gewinnen. Können halbe Entschlüsse etwas anderes als halbe Ergebnisse zeitigen?

Die völlige Abhängigkeit der Reichsregierung von der linken Opposition wird aber erst dann ganz erkennbar, wenn man bedenkt, daß in fast allen Regierungen der Länder, vor allem in der Preußenregierung, eben diese Opposition die fast ungeschmälerte Herrschaft ausübt. Der Verwaltungsapparat des mitaus größten Teils des Reichsgebiets ist in sozialdemokratischer Hand. Es bedurfte nicht erst der agitatorischen Leistung des Abgeordneten und Ministerpräsidenten Braun, um die ganze Unmöglichkeit dieses Zustandes kraß zu beleuchten.

Inzwischen bringt abermals die Stimme eines unverkennbaren Volksurteils über unser derzeitiges System an das Ohr der Verantwortlichen. 30 bis 40 % der